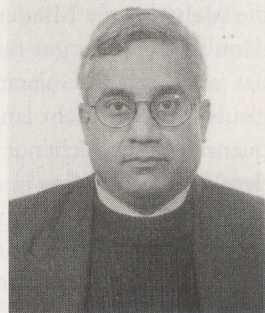


„Demokratie und Säkularismus in Indien sind bedroht!“

Interview mit dem Menschenrechtler Ravi Nair



Ravi Nair ist als Direktor des in Neu-Delhi ansässigen *South Asia Human Rights Documentation Centre* (SAHRDC) einer der führenden Menschenrechtler in Südasien. Darüber hinaus engagiert er sich in vielen internationalen Menschenrechtsorganisationen wie dem *International Service for Human Rights* (ISHR) in Genf. Für Indien stellt er nicht nur einen kritischen Geist dar, der nicht müde wird, Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land anzuprangern, sondern auch eine wichtige moralische Institution.

Das hier in Auszügen wiedergegebene Gespräch zu den Themen Kashmir-Konflikt, die antimuslimischen Pogrome in Gujarat und das neue Anti-Terror-Gesetz führte Jyoti Chakma, der Ravi Nair kürzlich während eines Deutschlandbesuchs in Berlin traf.

SÜDASIEN: Wie ernst ist die Lage in Kashmir?

Ravi Nair: Die Lage ist ziemlich ernst, nicht nur, was den möglichen Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Indien und Pakistan angeht, sondern auch, weil beide Länder gegenwärtig über keinen richtigen Mechanismus für einen Dialog verfügen. Selbst wenn unmittelbar nichts geschieht, bleibt eine ständige Gefahr zurück. Solange es keine Mechanismen der Konfliktlösung und des Dialogs gibt, kommt das Problem immer wieder.

SÜDASIEN: Was kann die deutsche Regierung oder die EU zur Lösung des Kashmir-Konflikts beitragen?

Ravi Nair: Die EU ist schon ziemlich aktiv geworden. Deutschland für sich kann eine wichtige Rolle spielen, weil Deutschland, was Südasien angeht, als äußerst neutrales Land gilt. Denn Deutschland hat sehr gute Beziehungen mit Indien und Pakistan. Beide sehen Deutschland als ein Land ohne größere strategische Interessen in Südasien, das also nicht in manche großen geopolitischen Spiele involviert ist,

die in Südasien ablaufen. Man sieht Deutschland eher als neutralen Beobachter. Deutschland kann mit Sicherheit mit dem politischen *Establishment* in Neu-Delhi und Islamabad in einer Weise reden, die eher akzeptiert würde, als wenn das von anderen EU-Staaten käme.

SÜDASIEN: Sowohl Indien als auch Pakistan sind Atommächte. Wenn es zum Krieg kommt, kann es dann sein, daß sie Atomwaffen gegeneinander einsetzen?

Ravi Nair: Ich glaube nicht, daß sie sofort Atomwaffen gegeneinander einsetzen würden, weil ich denke, daß die politische Führung in beiden Ländern sich der Folgen eines Nuklearwaffeneinsatzes bewußt ist. Aber es ist klar, daß in einem konventionellen Krieg, wenn Pakistan nicht die strategische Tiefe für einen langen Kampf besitzt und das Gefühl hat, sein Überleben sei in Gefahr, ernsthaft darüber nachdenken wird, Atomwaffen einzusetzen. Und Indien mit seiner strategischen Tiefe hat sich auch die Zweitschlagsoption vorbehalten, wie das in der Nuklearterminologie genannt wird. Also gibt es eine Ge-

fahr, klar, auch wenn ich nicht denke, daß so etwas unmittelbar bevorsteht. Wir wissen alle, daß es auf beiden Seiten Falken gibt. Und es ist nicht gut, daß diese Falken auf beiden Seiten über Massenvernichtungswaffen verfügen.

SÜDASIEN: Im März haben uns die schockierenden Nachrichten über die Ereignisse in Gujarat erreicht. Was ist dort eigentlich genau passiert?

Ravi Nair: Es handelt sich eindeutig um ein Pogrom gegen Minderheiten. Ich benutze das Wort „Pogrom“ sehr bewußt. Denn die muslimische Gemeinschaft wurde gezielt angegriffen. Es ist nicht einfach ein religiöser Konflikt zwischen fanatischen hindufundamentalistischen Elementen und den Muslimen. Sondern ganz eindeutig waren Elemente der Regierung von Gujarat, und zwar einschließlich der höchsten Führung, als Komplizen an der Gewalt gegen Minderheiten beteiligt. Das ist es, was mich beunruhigt. Denn man kann plötzliche Gewaltausbrüche zwischen zwei Gruppen verstehen, die es immer wieder gibt und die schwer unter Kontrolle zu bringen sind. Aber wenn der Staat selbst

entweder auf einer Seite beteiligt ist und Partei in einem solchen Konflikt geworden ist, oder wenn der Staat zusieht, wie die Mehrheit die Minderheit umbringt - dann ist das nicht gut für ein Land. Und das ist es, was in Gujarat passiert ist. Ich glaube, das wird sehr langfristige Konsequenzen haben, nicht nur für Gujarat, sondern für ganz Indien und den Rest Südasiens.

SÜDASIEN: Der Pogrom, von dem Sie sprachen, begann nur einen Tag, nachdem ein Zug in Godhra in Brand gesteckt worden war - wobei viele Hindus getötet wurden. Heißt das, es war eine spontane Aktion und nicht eine vorgeplante Aktion der Hindufundamentalisten?

Ravi Nair: Inzwischen hat sich der Sachverhalt durch Indizien vor Ort, die verschiedenen Berichte unabhängiger Orga-

nisationen, die verschiedenen Berichte offizieller Stellen wie der Nationalen Menschenrechtskommission und der Nationalen Kommission für Minderheiten geklärt. Nach dem Brandanschlag auf den Zug und die Hinduaktivisten in dem Zug stand den Hinduaktivisten ein fertiger Plan für die Vergeltung zur Verfügung. Es war nicht nur spontan. Denn bereits 1992, was eine ganze Weile zurückliegt, hatte die Regierung von Gujarat ein Rundschreiben an die Polizeistationen in Gujarat geschickt, in dem sie detaillierte Informationen über die Häuser, in denen Muslime leben, anforderte. Und sie hatten diese Informationen gesammelt; das Rundschreiben wurde erst dann öffentlich, als eine Organisation das vor Gericht erzwang. Es ist also klar, daß sie in jedem Viertel die Adressen der Häuser und Geschäfte kannten, die Muslime gehörten. Als die Angriffe dann also stattfanden, war es ihnen ein leichtes, diese Häuser zu über-

fallen. Für all das braucht man eine äußerst gute Vorbereitung. Sogar, wenn die Läden Hindunamen hatten, aber Muslimen gehörten, wurden sie von Hindufundamentalisten überfallen. Sie wußten, wer die wahren Besitzer waren. So eine Information kann man nicht spontan vor Ort bekommen, sondern nur durch sorgfältige Planung. Das ist es, was einem Sorgen macht.

SÜDASIEN: Wie groß ist die Unterstützung für die hindufundamentalistischen Gruppen in der Hindugesellschaft Gujarats?

Ravi Nair: Gujarat ist ein Sonderfall in ganz Indien, in dem Sinne, daß Gujarat der Unionsstaat mit dem höchsten Urbanisierungsgrad ist. Die Mittelschichten in Gujarat sind über die letzten zwanzig Jahre in einem Ausmaß dem Hindufundament-



Bei den systematischen Pogromen in Gujarat verloren viele muslimische Familien ihr gesamtes Hab und Gut (Foto: Archiv)

alismus anheim gefallen, wie es bei den Mittelschichten in anderen Staaten nicht zu beobachten ist. Zuerst haben die Hindufundamentalisten die Dalits in Gujarat angegriffen, dann, vor zweieinhalb Jahren, die christliche Minderheit. Und jetzt sind die Muslime in Gujarat ihre Opfer. Es ist beunruhigend, daß weite Teile der Mittelschichten und unteren Mittelschichten das unterstützen. Wenn man sich die Geschichte autoritärer, faschistischer oder semifaschistischer Bewegungen auf der ganzen Welt ansieht, waren es stets die unteren Mittelschichten und Mittelschichten, die diese Bewegungen anfangs unterstützten, an die Macht brachten und stark machten. Und genau das erleben wir in Gujarat.

SÜDASIEN: Tausende von Menschen sind nach dem Massaker obdachlos geworden. Wer kümmert sich um sie? Erhalten sie Unterstützung von der Regierung?

Ravi Nair: In ganz Gujarat wurden in etwa 200.000 bis 250.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben und gewissermaßen zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land, ihrem eigenen Staat. Die Regierung von Gujarat hat bei der Einrichtung von Lagern keine sehr hilfreiche Rolle gespielt. So mußte zum Beispiel vor einigen Wochen ein Lager schließen, das die Regierung errichtet hatte. Es hatte nicht die nötigen Rationen für die Flüchtlinge erhalten. In einem großen Lager in Ahmedabad, der Hauptstadt Gujarats, leben 3.000 Menschen. Die Regierung liefert aber nur Rationen für 600 Menschen. Das reicht natürlich nicht. Daher kommt ein Großteil der Unterstützung aus der muslimischen *Community* selbst. Sie haben zahlreiche Lager errichtet. Inzwischen helfen auch säkulare und andere Organisationen mit. Das Problem ist insofern sehr ernst, weil das keine Übergangslager sind - obwohl sie so angelegt sind. Denn die meisten Häuser sind völlig zerstört. Die Regierung hilft nicht beim Wiederaufbau der Häuser und sorgt nicht für die Sicherheit der Menschen, so daß sie nach Hause zurückkehren könnten. Wenn sie nach Hause kommen, greifen die Hindufundamentalisten sie wieder an. Wie die

Flüchtlinge da leben sollen - und wie lange sie in den Lagern bleiben werden -, sind Fragen, die die Regierung zu beantworten hat.

SÜDASIEN: Die Inder sind sehr stolz darauf, sagen zu können, „wir sind die größte Demokratie der Welt“. Ist die „größte Demokratie“, ist der Säkularismus in Indien in Gefahr?

Ravi Nair: Ich denke, sowohl die Demokratie wie auch der Säkularismus in Indien sind bedroht. Aber gleichzeitig vertraue ich auf den gesunden Menschenverstand der Inder. Bitte vergessen Sie nicht: Indien als politische Einheit ist sehr neu. Aber Indien als eine Zivilisation der kulturellen Einheit ist sehr alt. Fakt ist, daß wir als Zivilisation überlebt haben aufgrund des gesunden Menschenverstands der Bevölkerung, nicht wegen der Macht ihrer Herrscher, der Weisheit ihrer Staatsmänner. Der durchschnittliche Inder mag nicht sehr gebildet sein, die durchschnittliche Inderin hat vielleicht keine besonders raffinierte Kultur. Aber ich denke, sie haben eine Menge gesunden Menschenverstand. Also denke ich, letzten Endes werden die antidemokratischen und antisäkularen Kräfte verlieren. Aber in diesem Kampf wird Indien wohl eine Menge Turbulenzen, Schwierigkeiten und Leid durchleiden müssen.

SÜDASIEN: Wie beurteilen Sie die Berichterstattung über das Massaker von Gujarat in der indischen Presse?

Ravi Nair: In den englischsprachigen Medien gab es sehr anständige und objektive Berichte. Aber die englischen Medien sind klein, sie werden nicht von der Mehrheit der Bevölkerung gelesen. In den lokalen Sprachen Gujarati und Hindi war die Presse ziemlich parteiisch. Die wichtigsten Gujarati-Zeitungen haben sogar einige der hindufundamentalistischen Elemente durch ihre Veröffentlichungen unterstützt, während die Massaker und Pogrome stattfanden. Das ist natürlich sehr bedauerlich. Anstatt die Menschen aufzurufen, die Finger von so etwas zu lassen, haben sie die Flammen geschürt, indem

sie Dinge geschrieben haben, die die Leidenschaften noch zusätzlich anfachten. Auch wurden eine Menge Gerüchte verbreitet. Die Gujarati-Presse hat sich in dieser Situation ausgesprochen verantwortungslos verhalten.

SÜDASIEN: Hat sich die Menschenrechtssituation für die Bürger verschlechtert, nachdem die BJP in der Zentralregierung an die Macht gekommen ist?

Ravi Nair: Auf jeden Fall hat sich die Menschenrechtssituation der Minderheiten gewaltig verschlechtert, weil es weniger Verständnis für die Rechte von Minderheiten gibt. Es gibt weniger Raum für Minderheitenidentitäten. (...) In den Sechzigern und Siebzigern hatten wir ein Slogan in Indien: Einheit in Vielfalt - aber heute hört man diesen Slogan nicht mehr. Es ist klar, daß sie Einheit unter der Hinduflagge wollen. Niemand redet über kulturelle Vielfalt, würdigt Minderheitenkulturen; das finden wir langfristig wirklich beunruhigend.

SÜDASIEN: Meinen Sie, daß die Hindufundamentalisten die Minderheiten in Richtung Hinduismus assimilieren wollen?

Ravi Nair: Ja, das ist auf jeden Fall eine Option. Das passiert in den Stammesgebieten. Viele dieser Gebiete, besonders der ehemalige Süden Bihars, in Jharkhand, Madhya Pradesh und Chattisgarh, haben wir eine große Stammesbevölkerung - Gujarat übrigens auch. Viele Stammesangehörige, die zum Christentum konvertiert waren, werden jetzt wieder zum Hinduismus „zurückbekehrt“. Obwohl sie eigentlich nie Hindus waren, sondern meistens Animisten. Ein Teil dieser „Wiederbekehrung“ geschieht durch Einschüchterung, ein anderer durch Versprechen von Patronage durch die Regierung. Auch das ist ein Grund zur Sorge. Wenn sich jemand zu einer Religion bekehren will, dann soll er das auf individueller Basis aufgrund seines Glaubens tun, nicht weil man ihn bedroht. Die Menschen sollten ihre Religion frei wählen können.



Aufmarsch der rechtsradikalen Frauenorganisation *Rashtriya Sevika Samiti* in Delhi (Foto: Archiv)

SÜDASIEN: Was sind die größten Schwierigkeiten bei Ihrer Menschenrechtsarbeit?

Ravi Nair: Scheinbar ist Indien ja ein demokratisches Land. Wir haben alle fünf Jahre Wahlen, freie und faire Wahlen, außer in Kashmir - und in anderen Landes- teilen ist es auch nicht ganz frei und fair, weil in vielen Gegenden die oberen Kasten verhindern, daß Dalits und Adivasis wählen gehen. Immerhin, Sie können die indische Regierung hart kritisieren, es gibt politische und Bürgerrechte in Indien. Allerdings versucht die indische Regierung, Kritiker einzuschüchtern und zu belästigen. Unsere eigene Organisation erlebt eine Menge Belästigungen und Einschüchterungen durch die indischen Geheimdienste. Keine indische Organisation darf ausländische Gelder erhalten ohne die Zustimmung des Innenministeriums, das heißt des Geheimdienstes. Das gibt

es in keinem demokratischen Land! Also, die indische Demokratie macht oberflächlich betrachtet einen sehr guten Eindruck, aber wenn Sie an dieser schönen Oberfläche kratzen, dann merken sie, daß die demokratische Tradition in Gefahr ist, daß der Staat die essentiellen Dinge der Demokratie nicht wirklich respektiert. Wenn Sie zum Beispiel in irgend einem anderen Land eine Zeitung aufmachen wollen, dann können Sie sich einfach schnell in einem Meldebüro registrieren lassen. In Indien muß man sich, wenn wir eine Zeitung gründen, bei der Polizei anmelden! Was hat die Polizei mit einer Zeitung zu tun? Wenn man in Indien ein Theaterstück aufführen will, muß man das Skript der Polizei vorlegen und die Erlaubnis einholen, das Stück zu spielen - auch wenn es nur ein dummes, simples Stück ist, das nichts mit Politik zu tun hat. Das ist doch erstaunlich: Indien ist die größte Demokratie der Welt, aber in simplen, alltäglichen

Angenehmheiten wie der Registrierung einer Zeitung oder der Aufführung eines Theaterstücks ist die Polizei plötzlich dabei. Sind wir also eine Demokratie oder ein Polizeistaat? Ich weiß es nicht.

SÜDASIEN: Gerade erst hat Indien ein neues Anti-Terror-Gesetz eingeführt, den *Prevention of Terrorism Act (POTA)*. Wie wird sich dieses Gesetz auf die Bürgerrechte auswirken?

Ravi Nair: Es ist mit Sicherheit ein sehr drakonisches Gesetz, denn es ermöglicht der Polizei, jemanden bis zu 180 Tage in Gewahrsam zu halten, ohne ihn oder sie anzuklagen. Außerdem untergräbt es letztlich das Kardinalprinzip des Strafrechts - die Unschuldsvermutung - indem es die Beweislast auf den Angeklagten abschiebt. Die Identität von Zeugen kann verschleiert werden, Geständnisse vor einem Poli-

zisten werden als Beweise vor Gericht zugelassen, die Staatsanwaltschaft bekommt die Möglichkeit, Freilassungen auf Kautions zu blockieren. POTA wird wahrscheinlich eher zur vorbeugenden Inhaftierung friedlicher Oppositioneller genutzt werden, als zur Terrorismus-Bekämpfung. Die Definitionen der Begriffe in POTA sind unscharf und deshalb anfällig für Mißbrauch. Zum Beispiel steht auf „terroristische Aktionen“, die den Tod eines Menschen zur Folge haben, die Todesstrafe oder lebenslange Haft. Die Mitgliedschaft in einer Organisation, die in Terrorismus verwickelt ist, oder der Besitz von Gütern als Folge terroristischer Aktionen soll mit lebenslanger Haft bestraft werden. Das ist für die Entwicklung eines demokratischen Rechtsstaats sehr gefährlich. Das Gesetz ist sehr drakonisch. Wir beobachten Anti-Terror-Gesetze auch in vielen anderen Ländern. Ich halte das für eine Paranoia. Niemand in der Menschenrechtsbewegung ist dagegen, Terroristen zu bekämpfen. Natürlich muß jeder de-

mokratische Verfassungsstaat Terrorismus bekämpfen. Aber man kann Terrorismus nicht mit illegalen Methoden bekämpfen, sondern nur mit legalen. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Staat im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus selbst terroristisch wird.

SÜDASIEN: Glauben Sie, daß vor allem politische Gegner, Menschenrechtsaktivisten oder sogar Muslime, die die Regierungspolitik kritisieren, Opfer dieses neuen Anti-Terror-Gesetzes werden?

Ravi Nair: Mit Sicherheit, da habe ich keinen Zweifel - weil wir vor diesem Gesetz schon einmal ein Anti-Terror-Gesetz mit Namen „TADA“ hatten. Als dieses 1985 eingeführt wurde, sagte die Regierung, es ist nur gegen Terroristen, wir werden es gegen niemanden sonst einsetzen. Aber die Mehrheit der Menschen, die unter TADA inhaftiert wurden, waren

Muslime, Angehörige von Minderheiten, Gewerkschafter und so weiter. Wenn man dem Staat uneingeschränkte Macht gibt, hat er sie immer mißbraucht. Man braucht Kontrollmöglichkeiten, und diese fehlen in dem neuen Gesetz. **D**

Übersetzung: Thomas Bärthlein

► **Zum Autor:** *Jyoti Chakma ist Ethnologe und Südasienswissenschaftler. Seine Spezialgebiete sind Migration, Rassismus und Interkulturelle Konfliktforschung in Deutschland sowie Menschenrechte und Entwicklungspolitik in Süd-asien. Er ist Co-Leiter der Anti-Rassismus-Gruppe (ARG) des Hendrik-Kraemer-Hauses in Berlin.*



Hindunationalisten machen mobil (Foto: Archiv)